

04.02.2014

Kleine Anfrage 1948

des Abgeordneten André Kuper CDU

„Ruhr-Anleihe“ als Lösung für Kreditprobleme der Kommunen?

Immer mehr Kommunen müssen die Differenz zwischen laufenden Einnahmen und laufenden Ausgaben durch Liquiditätssicherungskredite, sogenannte Kassenkredite, schließen. Kassenkredite sollen eigentlich nur der kurzfristigen Sicherung der Liquidität dienen. Aber die als Ausnahme gedachte Aufnahme von Kassenkrediten ist zur Regel geworden. Die Summe der kommunalen Kassenkredite der Kommunen in Nordrhein-Westfalen belief sich zum 30.09.2013 auf die traurige „Rekordmarke“ von 25,670 Milliarden Euro. Im Vergleich zum Vorjahr (31.12.2012) ist dies ein Anstieg von fast 2 Milliarden Euro. Auf Nordrhein-Westfalen entfiel mit 52 % mehr als die Hälfte aller bundesweiten Kassenkredite, obwohl lediglich 24% aller Bewohner in NRW wohnen. Die Kommunen werden auch in Zukunft auf eine Kreditfinanzierung angewiesen sein.

Durch Basel III und durch die kommunale Finanzkrise erwarten viele Kämmerer eine Verknappung des Kreditangebots. Insbesondere der Bedarf an Liquiditätssicherungskrediten ist weiter konstant hoch, was sich auch in der Entwicklung der Höhe der Kassenkredite der nordrhein-westfälischen Kommunen spiegelt. Bislang ist die Fremdfinanzierung fast ausschließlich über Kredite gedeckt. Durch die verschärften Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen für Banken im Zuge von Basel III suchen Kommunen nach Möglichkeiten ihre Investorenbasis zu verbreitern. Der Finanzierungsmarkt für Kommunen befindet sich im Umbruch.

Vielen Städten in NRW werden bereits von immer weniger Banken Liquiditätskredite angeboten oder zu teils höheren Zinsen. Entweder liegt der Zinssatz deutlich höher als vorher oder finanzschwache Kommunen bekommen gar keine Kredite mehr angeboten. Höhere Zinsen, bedeuten mehr Kosten für die Kommunen. Das wiederum beinhaltet ein erhebliches Risiko für die Haushaltssanierungspläne, Haushaltssicherungskonzepte etc.

Nachdem im März vergangenen Jahres die Stadt Dortmund erstmals einen Schuldschein am Kapitalmarkt platzierte, berichtet das Handelsblatt am 29. Januar 2014 über Pläne zu einer sog. „Ruhr-Anleihe“. Dortmund, Essen, Herne Remscheid, Solingen und Wuppertal wollen sich über eine gemeinsame Anleihe 500 Millionen Euro bei Investoren leihen. Dem Bericht

Datum des Originals: 29.01.2014/Ausgegeben: 05.02.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

des Handelsblatt nach, sei dies die größte kommunale Gemeinschaftsanleihe. Abgewickelt werden solle die Transaktion in der ersten Februarwoche 2014 von der Deutschen Bank, der Landesbank Hessen-Thüringen und der HSBC. Die Stadt Wuppertal will mit der Anleihe 100 Mio. Euro generieren, Remscheid 90 Millionen Euro, Solingen 30 Millionen Euro.

Ich frage daher die Landesregierung

1. Wie beurteilt die Landesregierung den derzeitigen Finanzierungsmarkt der Kommunen, angesichts weiter steigenden Kassenkredite in Nordrhein-Westfalen und eines geringeren Angebots an Kreditgebern?
2. Wie fördert die Landesregierung aktuell aktives Schulden- und Zinsmanagement der Kommunen in NRW?
3. Bislang nutzen hauptsächlich größere Kommunen die Möglichkeit von Anleihen oder Schuldscheindarlehen insbesondere auch wegen dem größeren Knowhow vor Ort. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, mittelgroße und kleine Kommunen bei der Nutzung alternativen Finanzierungsformen, wie z.B. Schuldscheindarlehen oder Anleihen, zu unterstützen?
4. Welche Kommunen in Nordrhein-Westfalen finanzieren sich in welcher Höhe über Anleihen?
5. In anderen Bundesländern (z. B. Thüringen) werden vom Land Bürgschaften für die Kommunen übernommen werden, wenn eine Stadt die Sanierungs- und Sparziele einhält und damit ihren Beitrag leistet. Durch solche Landesbürgschaften würden die Zinssätze wieder ein deutlich niedriges Niveau erreichen. Wie beurteilt die Landesregierung die Übernahme von Bürgschaften für Kommunen zur Senkung der Zinskosten und zur Sicherung der Kreditangebote?

André Kuper